




SPD und ihre Länder kommen Deutschland teuer zu stehen

SPD und ihre Länder kommen Deutschland teuer zu stehen
Totalverweigerung im Bundesrat trifft alle: Arbeitnehmer, Unternehmen und Kommunen
Die SPD-geführten Bundesländer haben am heutigen Freitag im Bundesrat für eine Totalblockade aller wichtigen steuerlichen Vorhaben (Steuerabkommen Schweiz, Jahressteuergesetz 2013, Unternehmenssteuervereinfachungsgesetz) gesorgt. Hierzu erklärt der finanzpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Klaus-Peter Flosbach:
"Die Totalblockade der SPD-geführten Länder im Bundesrat wird für Deutschland zur schweren finanziellen Belastung. Insbesondere hat der Bundesrat dem Steuerabkommen mit der Schweiz nicht zugestimmt. Hierdurch entgehen Bund, Länder und Kommunen mindestens 10 Milliarden Euro. Dieses Geld hätte der Fiskus alleine aus der Nachversteuerung der Altvermögen deutscher Steuersünder in der Schweiz eingenommen.
Dies ist umso mehr ein Skandal, als das Geld von denen gekommen wäre, die endlich einer gerechten Besteuerung zugeführt werden sollen: Den deutschen Steuersündern, die ihr Schwarzgeld in der Schweiz parken. Mit ihrem Herumtaktieren sorgt die SPD jetzt dafür, dass die Steuersünder weiter ungestört ihrem kriminellen Treiben nachgehen können. Wegen der Blockadehaltung der SPD verjähren Ansprüche gegen Steuerhinterzieher. Es ist kurios und unverantwortlich, dass die SPD damit ausgerechnet diejenigen schützt, die sie eigentlich zu einer höheren Besteuerung heranziehen will.
Auch das Jahressteuergesetz 2013 und das Unternehmenssteuervereinfachungsgesetz wurden von der SPD im Bundesrat angehalten. Durch die Verkürzung der steuerlichen Aufbewahrungsfristen hätten die Unternehmen Bürokratiekosten in Höhe von 2,5 Milliarden Euro einsparen können. Mit dem zweiten Gesetz sollte insbesondere das steuerliche Reisekostenrecht vereinfacht werden. Hiervon hätten die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sowie auch die Unternehmen profitiert.
Als ob dieser Kahlschlag nicht reicht, geht die SPD sogar ihrem selbsterklärten Stammklientel an den Geldbeutel, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern: Bereits im Vermittlungsausschuss befindet sich das Gesetz zum Abbau der kalten Progression. Mit dem Gesetz will die Koalition den Bürgerinnen und Bürgern einen Teil der inflationsbedingten Steuermehreinnahmen des Staates zurückgeben. Leider blockiert die SPD weiterhin die vorgesehene Entlastung der Steuerpflichtigen um insgesamt 6 Milliarden Euro pro Jahr. Offensichtlich gönnt die SPD den Bürgern und Bürgerinnen das Schwarze unter den Nägeln nicht."
Hintergrund:
Alle wichtigen steuerlichen Vorhaben der Koalition sind heute erst einmal von den SPD-geführten Ländern im Bundesrat blockiert worden.
Das Steuerabkommen mit der Schweiz sorgt für eine Nachbesteuerung der Altgelder deutscher Steuersünder in der Schweiz. Für das Kapitalvermögen (nicht bloß die Erträge) sind Steuersätze von 21 Prozent bis 41 Prozent vorgesehen. Für künftige Erträge gilt eine Abgeltungsbesteuerung nach deutschem Vorbild. Das Jahressteuergesetz enthält eine Reihe von eher technisch geprägten Maßnahmen. Wichtig aber: Unter anderem ist eine Verkürzung der steuerlichen Aufbewahrungsfristen von zehn Jahren auf acht Jahre bzw. in einer weiteren Stufe auf sieben Jahre vorgesehen. Das Unternehmenssteuervereinfachungsgesetz soll u. a. das steuerliche Reisekostenrecht deutlich vereinfachen. Ebenso ist eine Erhöhung des Verlustrücktrags von derzeit 511.500 Euro auf 1 Million Euro vorgesehen. Hiervon würden insbesondere kleinere und mittlere Unternehmen profitieren. Bereits im Vermittlungsausschuss liegt das Gesetz zum Abbau der kalten Progression. Den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer soll ein Teil der inflationsbedingten Steuermehreinnahmen zurückgegeben werden. Hierzu soll der steuerliche Grundfreibetrag angehoben und die Tarifkurve entsprechend angepasst werden.
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
fraktion@cducsu.de
<http://www.cducsu.de>  http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pirn_=515133 width="1" height="1">

Pressekontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

Firmenkontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands ist die Volkspartei der Mitte. Wir wenden uns an Menschen aus allen Schichten und Gruppen unseres Landes. Grundlage unserer Politik ist das christliche Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind daraus abgeleitet. Die CDU ist für jeden offen, der die Würde und Freiheit aller Menschen und die daraus abgeleiteten Grundüberzeugungen unserer Politik bejaht. Die CDU Deutschlands steht für die freiheitliche und rechtsstaatliche Demokratie, für die Soziale und Ökologische Marktwirtschaft, die Einbindung Deutschlands in die westliche Werte- und Verteidigungsgemeinschaft, für die Einheit der Nation und die Einigung Europas. Ein menschlicher, an christlichen Werten ausgerichteter Kurs: Das sind Kompaß und Richtmaß unserer Politik. Auf dieser Grundlage treten wir an, unser Gemeinwesen in der sich verändernden Welt weiterzuentwickeln. Wir werden diesen Weg mit Mut und Tatkraft gehen, um unseren Kindern und Enkeln für ihre Zukunft im 21. Jahrhundert alle Chancen zu geben. CSU Wurzeln und Auftrag der CSU-Landesgruppe sind eng verknüpft mit der deutschen und bayerischen Parteiengeschichte. Die CSU-Landesgruppe ist als Zusammenschluss der Abgeordneten der CSU im Deutschen Bundestag institutionelle Basis und Kraftzentrum des bundespolitischen Gestaltungsanspruchs, der sich zu keiner Zeit ausschließlich auf die Durchsetzung bayerischer Interessen im Bund bezog, sondern immer Politik für ganz Deutschland bedeutete. Von Anfang an haben daher Mitglieder der CSU-Landesgruppe in unionsgeführten Bundeskabinetten Regierungsverantwortung übernommen.